

ISI

Informationsdienst Soziale Indikatoren

Sozialberichterstattung * Gesellschaftliche Trends * Aktuelle Informationen

Nr. 14
Juli 1995

Eine ZUMA
Publikation

Wird das Scheidungsrisiko vererbt?

Herkunft aus geschiedener Elternfamilie, Probeehe und
Geschwisterlosigkeit erhöhen das Scheidungsrisiko

Seit Mitte der 50er Jahre ist die Wahrscheinlichkeit, daß eine Ehe vor dem Scheidungsrichter endet, beständig angewachsen. Mit Hilfe des „Familiensurveys“ des Deutschen Jugendinstitutes, einer Befragung von rund 6600 Personen aus den alten Bundesländern, die zum Befragungszeitpunkt (1988) in einer Erstehe lebten oder deren erste Ehe geschieden wurde, konnten einigen zentrale Thesen zur „sozialen Vererbung“ des Scheidungsrisikos (Transmissionseffekt) empirisch überprüft werden. Zunächst einmal stellt sich die Frage, durch welche Faktoren der bemerkenswerte Aufwärtstrend des Ehescheidungsrisikos erklärbar ist. Eine plausible Erklärung lautet, daß der sozialdemographische Wandel quasi als Initialzündung einen selbsttragenden Prozeß der Scheidungsdynamik ausgelöst hat. Nach der These der „Scheidungsspirale“ sind eine Reihe von Feedback- oder „Schneeballeffekten“ identifizierbar, durch die sich Scheidungsrisiken, sofern ein gewisser Schwellenwert überschritten wird, positiv selbst verstärken.

Inhalt

Wird das Scheidungsrisiko vererbt?	1
Niederlande: Social and Cultural Report 1994	5
Unerwartet geringe Zunahme der Einkommensungleichheit im Ostdeutschland	6
Erster Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“	10
Arbeitszeiten in Ost- und Westdeutschland: Starke Diskrepanzen zwischen Wunsch und Wirklichkeit	11
Sitzung der Sektion Sozialindikatoren der DGS in Halle	14
Workshop: Lebensqualität in den 90er Jahren	16

Die „Scheidungsspirale“ als selbstverstärkender Mechanismus

Zur Erklärung der Eigendynamik der Scheidungsentwicklung lassen sich fünf Mechanismen anführen:

(1) Zwischen Erwerbstätigkeit und Scheidungsrisiko besteht ein wechselseitiger Zusammenhang. Obwohl noch kontrovers diskutiert, zeigen eine Reihe von Studien, daß die Erwerbstätigkeit von Frauen die Wahrscheinlichkeit der Eheauflösung erhöht. Weniger beachtet wurde dagegen der umgekehrte Effekt: Steigende Scheidungszahlen tragen zum Anstieg der Erwerbsquote von Frauen bei, und zwar nicht nur der geschiedenen Frauen. Die „Antizipation“ von Scheidungsrisiken fördert empirisch nachweisbar auch die Neigung verheirateter Frauen, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen; ein Umstand, der wiederum das Scheidungsrisiko mutmaßlich anwachsen läßt.

(2) Die Wahrnehmung steigender Scheidungsrisiken kann die Wirkung einer „sich

selbst erfüllenden Prognose“ ausüben. Haben Ehepartner Zweifel an der Dauerhaftigkeit ihrer Verbindung, dann wird sich die Skepsis in einer Verringerung „ehespezifischer Investitionen“ niederschlagen. Dadurch aber steigt das faktische Scheidungsrisiko.

(3) Steigende Scheidungszahlen erleichtern die Partnersuche nach einer Ehescheidung. Durch ein höheres Potential Geschiedener erhöht sich damit die faktische Chance einer Wiederheirat oder der Aufnahme einer neuen Verbindung. Mit den verbesserten Aussichten „sukzessiver Polygamie“ verringern sich quasi die „Scheidungskosten“, was wiederum die Neigung zur Auflösung einer unbefriedigenden Ehe begünstigt.

(4) In Gesellschaften, in denen Ehescheidungen die Ausnahme darstellen, sind Geschiedene erheblichen Diskriminierungen ausgesetzt. Mit der steigenden Zahl von Ehescheidungen ist auch ein Abbau der Stigmatisierung Geschiedener verbunden. Die „normative Kraft des Faktischen“

vermindert eine weitere, wesentliche Komponente der „immateriellen Scheidungskosten“ und verstärkt damit gleichzeitig den Aufwärtstrend des Scheidungsrisikos.

(5) Der „Transmissionshypothese“ zufolge wird das Scheidungsrisiko von der Eltern- auf die Kindergeneration übertragen. Kinder aus „Scheidungsfamilien“ weisen in ihrer eigenen Ehe ein höheres Scheidungsrisiko auf als Ehepartner, deren Eltern und Schwiegereltern nicht durch eine Ehescheidung getrennt wurden. Mit der intergenerationalen „Vererbung“ des Scheidungsrisikos reproduzieren sich Scheidungsraten in der Generationenfolge; ein Faktor, der die Scheidungsdynamik zusätzlich stimuliert haben dürfte.

Soziale Vererbung des Scheidungsrisikos

Mit unserer Untersuchung knüpfen wir hauptsächlich an dem zuletzt erwähnten Transmissionseffekt an, der in US-amerikanischen Studien übereinstimmend nachgewiesen werden konnte. Zunächst einmal fragt es sich, ob die soziale Vererbung des Scheidungsrisikos überhaupt anhand deutscher Daten feststellbar ist.

Wir können dieser Frage mit einer Analyse des „Deutschen Familiensurveys“ nachgehen. Der Familiensurvey, durchgeführt im Jahre 1988 vom Deutschen Jugendinstitut (DJI), basiert auf einer Zufallsstichprobe von 10043 persönlich interviewten Personen aus der Wohnbevölkerung im Alter von 18 bis 55 Jahren in den alten Bundesländern. Berücksichtigt werden in der Untersuchung die zum Befragungszeitpunkt bestehenden oder bereits geschiedenen Ersten. 66% der Befragten sind eine erste Ehe eingegangen; von diesen wurden 12,4% bis zum Befragungszeitpunkt geschieden. Der Familiensurvey informiert über individuelle Merkmale der Ehepartner (Scheidung der Eltern, Geschwister, Bildung etc.) sowie auch über einige Merkmale beider Ehepartner. Die „Paarinformationen“, die für die intakten und geschiedenen Ersten retrospektiv erhoben wurden, beziehen sich u.a. auf die Merkmale „Probe-ehe“, Religion, Nationalität und „Kind in die Ehe mitgebracht“. Damit bietet der Familiensurvey die Möglichkeit, neben der Transmissionshypothese erstmalig eine Reihe weiterer Effekte auf das Schei-

dungsrisiko zu untersuchen. Wir konzentrieren uns im folgenden - neben dem Vererbungseffekt - insbesondere auf die Merkmale „Einzelkind“ und „Probeehe“.

Da die Ehedauer bis zur Scheidung nur bei den zum Zeitpunkt der Befragung geschiedenen Ehen bekannt ist, nicht jedoch bei den noch existierenden Ehen (zensierte Fälle), sind für unsere Untersuchung herkömmliche Verfahren wie einfache Tabellenanalysen oder auch gewöhnliche Regressionstechniken nicht verwendbar. Aus diesem Grund stützen wir uns auf die Verfahren der Ereignis- oder Survivalanalyse, die konsistente Schätzungen der Einflußstärke von Kovariaten (Scheidung der Eltern, Probeehe, Geschwister) auch bei Präsenz zensierter Beobachtungen erlauben.

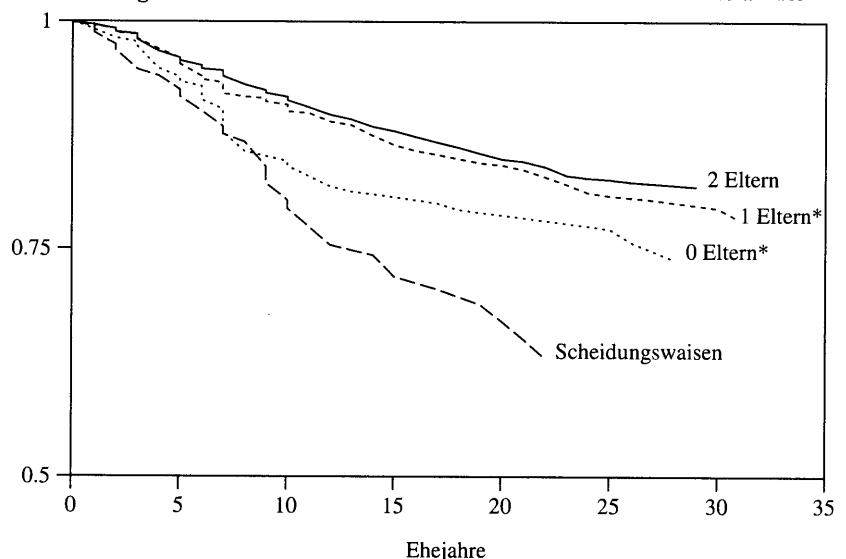
Betrachten wir zunächst die mit der „Sterbetafelmethode“ geschätzten Anteile intakter Ehen nach der Ehedauer („Scheidungstafel“). Die Werte in der Scheidungstafel werden unter Einschluß der zensierten Beobachtungen, d.h. der Ehedauer der nicht-geschiedenen Ehen, geschätzt. Zu einer ersten Prüfung der Transmissionshypothese schlüsseln wir die Scheidungstafeln nach dem Typ der Herkunftsfamilie auf. Graphik 1 ist eine graphische Veranschaulichung des Verlaufs der Ehequoten (Anteile intakter Ehen) für die vier Kategorien der Herkunftsfamilie.

Es zeigt sich ein überaus deutlicher Effekt der Kategorie „Scheidungswaisen“. Stammt mindestens ein Ehepartner aus einer Scheidungsfamilie, so läßt sich im Vergleich zu den anderen Kategorien der Herkunftsfamilie ein wesentlich höheres Risiko prognostizieren, daß die Ehe vor dem Scheidungsrichter beendet wird. Bezogen auf eine Ehedauer von 20 Jahren ist das Risiko der „Scheidungswaisen“ ungefähr doppelt so hoch wie bei Ehepartnern aus vollständigen Familien. Der prägnante Unterschied kann wohl als klarer Beleg dafür gewertet werden, daß deutsche Ehen von der sozialen Vererbung des Scheidungsrisikos betroffen sind.

Betrachten wir Graphik 1 noch etwas genauer. Nach dem Typ der Herkunftsfamilie wächst das Scheidungsrisiko gemäß der Rangfolge (1) „vollständige Familie“, (2) „Familien mit einem leiblichen Elternteil“ (ohne Scheidung, meist infolge Verwitmung), (3) „Herkunftsfamilie ohne leibliche Eltern“ und (4) „Scheidungsfamilie“. Dabei sind die Risikodifferenzen zwischen den ersten drei Kategorien, insbesondere aber zwischen vollständigen Familien und Ein-Eltern-Familien (ohne Scheidung) relativ gering.

Bei den Ehepartnern aus Ein-Eltern-Familien handelt es sich primär um die unmittelbare Nachkriegsgeneration, deren Väter im Krieg gefallen sind. Das Scheidungsrisiko ist hier zum einen schon mal

Graphik 1:
Anteil nicht geschiedener Ehen nach der Ehedauer und der Herkunftsfamilie



* ohne Scheidung / Anzahl Ehen = 6636 / Unterschied signifikant für $\alpha = .05$

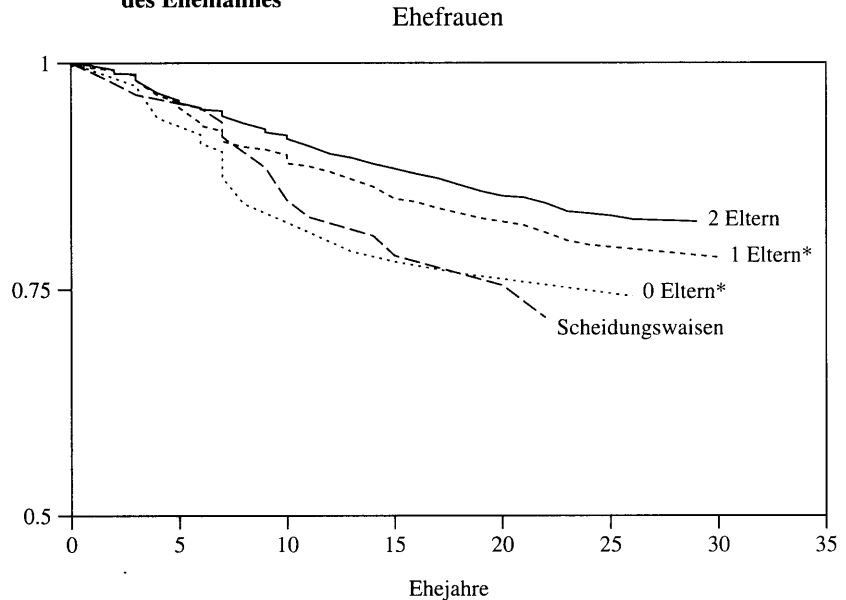
geringer, weil es sich um die älteren Eheschließungsjahrgänge der „vaterlosen Generation“ handelt. Darüber hinaus spielt aber auch der Grund der Eheauflösung eine Rolle. Ein-Eltern-Familien infolge Verwitwung „produzieren“ offenbar ein geringeres Scheidungsrisiko in der nachfolgenden Generation als Ein-Eltern-Familien infolge von Scheidung.

Söhne sind vom sozialen Vererbungseffekt stärker betroffen als Töchter

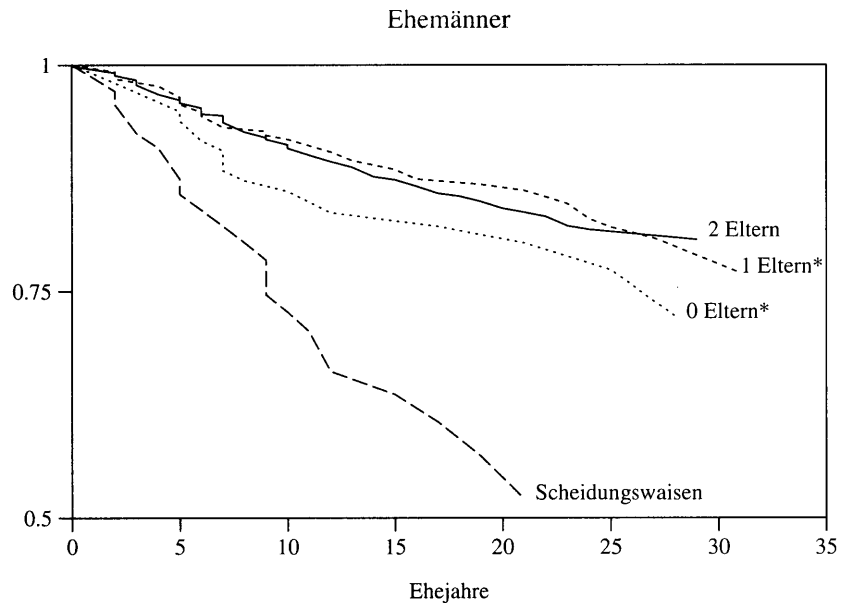
Wie verhalten sich nun die Risikoverläufe, wenn wir nach dem Geschlecht aufschlüsseln? Überraschenderweise sind beträchtliche Unterschiede nachweisbar, je nachdem, ob die Ehefrau oder der Ehemann aus einer Scheidungsfamilie stammt. Männliche Scheidungswaisen haben in ihrer eigenen Ehe ein weitaus höheres Scheidungsrisiko als Frauen, deren Elternehe vor dem Scheidungsrichter beendet wurde (Graphik 2). Der Transmissionseffekt ist bei Frauen äußerst schwach ausgeprägt, während bei den Männern im Vergleich zu sämtlichen anderen Kategorien der Herkunftsfamilie dramatische Risikodifferenzen erkennbar sind. Sind die Eltern des Ehemannes durch Scheidung getrennt worden, ist das Scheidungsrisiko nahezu doppelt so hoch, als wenn die Ehefrau aus einer Scheidungsfamilie stammt. Im Vergleich zu „vollständigen“ Herkunftsfamilien ist das Scheidungsrisiko männlicher Scheidungswaisen sogar dreimal so hoch.

Diese Resultate sind auch in der multivariaten Analyse unter Kontrolle von Paarmerkmalen und persönlichen Charakteristika weitgehend reproduzierbar (Tabelle 1). Andere Gründe der Auflösung der Elternfamilie haben bei den Männern keinen oder nur einen sehr geringen Einfluß auf das Scheidungsrisiko in einer späteren Ehe. Erinnern wir uns daran, daß die „Ein-Eltern-Familie durch Verwitwung“ insbesondere die vaterlosen Familien der Nachkriegsgeneration repräsentieren. Die Ehen der Söhne, die in diesen vaterlosen Familien aufgewachsen sind, lassen kein erhöhtes Scheidungsrisiko erkennen. Der Umstand des Ausfalls des Vaters allein ist damit noch nicht für die Erhöhung des Scheidungsrisikos in der nachfolgenden Generation maßgeblich. Entscheidend für das Eheschicksal der Söhne ist der Grund der Auflösung der Elternfamilie. Nicht bei Verwitwung, wohl aber bei einer Ehescheidung der Eltern steigt - ganz in Über-

Graphik 2: Anteil nicht geschiedener Ehen nach Herkunftsfamilie der Ehefrau und des Ehemannes



* ohne Scheidung / Anzahl Ehen = 3951 / Unterschied signifikant für $\alpha = .05$



* ohne Scheidung / Anzahl Ehen = 2685 / Unterschied signifikant für $\alpha = .05$

einstimmung mit der Transmissionshypothese - die Wahrscheinlichkeit drastisch an, daß die Ehe der Söhne geschieden wird.

Anders verhält es sich mit den Töchtern aus unvollständigen Familien. Im großen und ganzen sind die Scheidungsrisiken der Ehen von Töchtern aus allen drei Kategorien unvollständiger Elternfamilien der Tendenz nach um 20 - 40% höher im Vergleich zu den Ehen von Frauen aus

vollständigen Familien. Signifikant ist der Einfluß allerdings nur bei den Ein-Eltern-Familien durch Verwitwung. Aber auch hier ist der Effekt wesentlich geringer als der soziale Vererbungseffekt des Scheidungsrisikos bei den Männern. Für die Frauen gilt eher, daß schon die Auflösung der Herkunftsfamilie allein, relativ unabhängig vom Grund der Beendigung der Elternehe, die Wahrscheinlichkeit des Scheiterns der eigenen Ehe moderat anwachsen läßt.

Tabelle 1: Prozenteffekte individueller und Paarmederkmale auf das Ehescheidungsrisiko

	Ehefrau	Ehemann
	in %	
<i>Herkunftsfamilie von Ehefrau bzw. Ehemann</i>		
- bei einem Elternteil aufgewachsen (Scheidungswaise)	21	140*
- bei einem Elternteil aufgewachsen (ohne Scheidung)	38*	- 5
- nicht bei den Eltern aufgewachsen	30	17
<i>persönliche Merkmale von Ehefrau bzw. Ehemann</i>		
- Einzelkind	43*	37*
- pro Jahr höheres Heiratsalter	- 10*	- 4*
- Abitur	- 25	1
- Vater mit Abitur	52*	30
- Mutter mit Abitur	4	65
- nie erwerbstätig gewesen	- 49*	
<i>Paarmederkmale</i>		
- rein katholisches Paar	- 32*	- 25*
- konfessionsloses Paar	72*	112*
- gemischt religiöses Paar	18	38*
- gemischt nationales Paar	60*	45
- Probeehe	42*	64*
- Kind in die Ehe mitgebracht	122*	94*
- Wohneigentum vorhanden	- 39*	- 62*
Anzahl Ehen	6692	4382

Die Prozentangaben basieren auf multivariaten Schätzungen des parametrischen Sichelmodells. Zusätzlich wurden die Eheschließungskohorten kontrolliert. * Signifikant für $\alpha = 0,05$. Referenzgruppen: bei beiden Eltern aufgewachsen; mit Geschwistern aufgewachsen; kein Abitur; erwerbstätig oder erwerbstätig gewesen; protestantisches Paar; deutsches Paar; keine Probeehe geführt; kein Kind in die Ehe mitgebracht; kein Wohneigentum vorhanden.

Höheres Scheidungsrisiko bei Probeehen vor Heirat

Tabelle 1 informiert über eine Reihe weiterer Risikofaktoren bezüglich der Wahrscheinlichkeit von Ehescheidungen. Auffallend ist, daß Eheleute, die vor der Heirat in einem gemeinsamen Haushalt zusammen gelebt haben („Probeehe“), ein um ca. 40-60% erhöhtes Scheidungsrisiko aufweisen.

Fraglich ist allerdings, ob der Zusammenhang als kausal gelten kann. Nach einer Hypothese der Familienökonomie wäre genau im Gegenteil zu erwarten, daß Probeehen das Scheidungsrisiko eher vermindern. Sofern nämlich Probeehen eine Art Testphase für ein späteres eheliches Miteinander darstellen, sollten sich diejenigen Probeehen, die den „Filter“ der amtlichen Eheschließung passieren, eigentlich durch eine höhere Stabilität auszeichnen. Daß dieser Effekt nicht in Erscheinung tritt, ist möglicherweise eine Folge „unbeobachteter Heterogenität“.

Ehepartner, die vor der Heirat zusammen gelebt haben, würden demnach im Vergleich zu den anderen Ehen ohnehin erhöhte Scheidungsrisiken aufweisen.

Ehen von Einzelkindern haben ein höheres Scheidungsrisiko

Von Interesse ist weiterhin, daß bei Einzelkindern in der Herkunftsfamilie in einer späteren Ehe mit einem höheren Scheidungsrisiko gerechnet werden muß. Der Effekt ist signifikant und unabhängig vom Geschlecht. Das Ausmaß der Risikoerhöhung beträgt ungefähr 40 Prozent (Tabelle 1).

Eine naheliegende Erklärung lautet, daß Einzelkinder in geringerem Maße als Kinder, die mit Geschwistern aufwachsen, frühzeitig lernen mit Konflikten unter „Partnern“ umzugehen. Allerdings kann der Einzelkindeffekt nicht - wie auf den ersten Blick zu vermuten wäre - zur Erklärung der Aufwärtsentwicklung des Scheidungsrisikos herangezogen werden.

Zwar ist die durchschnittliche Familiengröße zurückgegangen. Dies ist aber hauptsächlich das Ergebnis einer Polarisierung in Richtung auf kinderlose Ehen einerseits und Familien mit zwei Kindern auf der anderen Seite. Der Anteil von Ein-Kind-Familien ist in den letzten Jahrzehnten nicht nennenswert angewachsen.

Ursachen der Transmission des Scheidungsrisikos

Wie kann nun die Transmission des Scheidungsrisikos erklärt werden? In der Literatur werden im wesentlichen drei Hypothesen erwähnt: Nach der Streßhypothese ist die Scheidung der Eltern ein „push“-Faktor, der die Kinder veranlaßt, frühzeitig das Haus zu verlassen und vorzeitig zu heiraten. Konsequenz dieser frühen Übernahme von Erwachsenen-Rollen ist eine erhöhte Scheidungswahrscheinlichkeit. Die Sozialisationshypothese weist auf die Sozialisationsbedingungen in Scheidungsfamilien hin. Hierzu zählen die Weitergabe von Einstellungen gegenüber Ehe und Familie, sozialpsychologisches „Modell-Lernen“ der Art und Weise von Konfliktregelungen und ein geringeres Ausmaß disziplinierender Kontrolle in Familien mit einem Elternteil. Die Hypothese ökonomischer Deprivation macht auf die wirtschaftlichen Folgen der elterlichen Ehescheidung aufmerksam. Die finanzielle Knappheit der Ein-Eltern-Familien ist zudem ein „push“-Faktor, der das frühe Verlassen des Elternhauses fördert und die Wahrscheinlichkeit von Früh-ehen erhöht.

Empirische Evidenz finden wir dafür, daß Ehefrauen und Ehemänner aus geschiedenen Herkunftsfamilien im Vergleich zu denjenigen aus vollständigen Familien häufiger Probeehen eingehen, häufiger ein Kind in die Ehe mitbringen, seltener Wohneigentum besitzen und - nicht überraschend - seltener in katholischen Ehen zu finden sind. Diese Merkmale erhöhen zwar das Scheidungsrisiko, können aber noch nicht die Geschlechtsdifferenz des Transmissionseffekts erklären. Auffallend ist aber, daß männliche Scheidungswaisen eher zu Früh-ehen neigen als weibliche Scheidungswaisen, geringere religiöse Bindungen aufweisen und im Durchschnitt weniger Kinder haben, wobei die geringere Kinderzahl aber teilweise auch auf die kürzere Ehedauer zurückzuführen sein mag.

Probeehen, größere Wahrscheinlichkeit kinderloser Ehen und seltener Wohneigentum sind Indizien dafür, daß bei Scheidungswaisen die Bereitschaft geringer ist, in die eigene Ehe zu investieren. Die Investitionsbereitschaft ist bei den Söhnen aus geschiedener Herkunftsfamilie vermutlich nochmals gegenüber den Töchtern geschiedener Eltern reduziert.

In einer kausalen Erklärung des „Vererbungseffekts“ könnte die verminderte Investitionsbereitschaft den Platz einer intervenierenden Variablen einnehmen. Dann aber wäre weiter zu fragen, auf welche Weise die elterliche Ehescheidung die verminderte Neigung zur Investition in die eigene Ehe bewirkt. Alle drei oben genannten Hypothesen liefern hierzu keine vollauf überzeugenden Antworten. Insbesondere kann die Hypothese ökonomischer Deprivation nicht erklären, warum das Scheidungsrisiko bei Kindern aus Ein-Eltern-Familien infolge Verwitwung - unter der Annahme einer ähnlich ungünstigen finanziellen Lage - geringer ist als das der Scheidungswaisen. Ebenso wenig plausibel ist, daß sich die Absenkung des Elterneinkommens nur auf das Scheidungsrisiko der Ehen der Söhne, nicht oder nur in geringem Maße aber auf die Ehen der Töchter auswirken sollte.

Welche tiefer liegenden Gründe sind es dann, die die geschlechtsspezifische Differenz in der sozialen Vererbung des Scheidungsrisikos und die verringerte Neigung von Scheidungswaisen zu ehespezifischen Investitionen erklären könnten? Empirisch sind wir zwar nicht in der Lage, dieser Frage anhand der uns vorliegenden Daten nachzugehen, einige Anhaltspunkte erhalten wir aber aus einer Reihe U.S.-amerikanischer Studien über die unterschiedliche Verarbeitung der Scheidungsfolgen bei Töchtern und Söhnen geschiedener Eltern. So findet sich Evidenz für die These, daß Jungen durch die Scheidung der Eltern stärker negativ beeinflusst werden als Mädchen, wobei die empirischen Resultate hier aber nicht ganz eindeutig sind. Die Erklärung für das unterschiedliche Verhalten von Jungen und Mädchen verweist zunächst auf die bekannte Tatsache, daß Frauen nach einer Ehescheidung die Hauptlast der Erziehung tragen. Jungen entwickeln aber offenbar vermehrt Probleme, wenn sie bei Abwesenheit des Vaters in der Obhut der Mutter aufwachsen. Gleiches Ge-

schlecht von erziehungsberechtigtem Elternteil und Scheidungskind mindert dagegen die negativen Scheidungsfolgen. Dies gilt jedenfalls solange keine Wiederverheiratung erfolgt. Die Untersuchungen zu dieser Thematik ergeben allerdings kein durchgehend konsistentes Bild. Immerhin machen sie deutlich, daß die geschlechtsspezifischen Transmissions-

effekte womöglich durch eine modifizierte Sozialisationshypothese erklärbar sind.

*Andreas Diekmann und Henriette Engelhardt,
Universität Bern, Institut für Soziologie
(Tel.: 0041-31-631-4811)*

Niederlande: Social and Cultural Report 1994

„Die Zukunft“ als zentrales Thema der 12. Ausgabe

Der niederländische Sozialbericht „Social and Cultural Report“ ist 1994 in seiner 12. Ausgabe erschienen und liegt nun auch in englischer Sprache vor. Der 600 Seiten umfassende Report ist eine Veröffentlichung des „Sociaal en Cultureel Planbureau“, einem zentralen, inter-ministeriellen wissenschaftlichen Institut der niederländischen Regierung, das die gesellschaftliche Dauerbeobachtung und Sozialberichterstattung zu seinen zentralen Aufgaben zählt. Der alle zwei Jahre erscheinende Bericht, der auch regelmäßig Gegenstand einer Debatte des niederländischen Parlaments ist, wendet sich nicht nur an die Politik, sondern auch an Wissenschaftler, die Wirtschaft und alle, die an detaillierten Informationen über Entwicklungen der niederländischen Gesellschaft interessiert sind.

Gestützt auf eine Vielzahl von statistischen Daten aus den verschiedensten Quellen beansprucht der Report, den aktuellen Zustand und die Entwicklungstendenzen der niederländischen Gesellschaft umfassend zu beschreiben und zu analysieren. So enthält die Ausgabe von 1994 u.a. Kapitel über Gesundheit, soziale Sicherung, Einkommen und Beschäftigung, Kriminalität, Wohnverhältnisse, Bildung und Freizeit sowie Querschnittskapitel zu den Themen „kulturelle Veränderungen“ und „Partizipation und Politik“. Während der Report von 1992 versucht hatte, die Entwicklungen der 80er Jahre zu bilanzieren, geht es in der jüngsten Ausgabe vor

allem um die Zukunft der niederländischen Gesellschaft: Durchgängig werden in den verschiedenen Kapiteln vor dem Hintergrund von beobachteten Trends des demographischen, ökonomischen und sozio-kulturellen Wandels Zukunftsszenarien entwickelt und Möglichkeiten der zukünftigen Entwicklung diskutiert. So wird beispielsweise erwartet, daß sich die Zahl der Einwanderer bis zum Jahr 2010 verdoppeln und auf einen Anteil von 15 % der niederländischen Bevölkerung ansteigen wird, oder es wird festgestellt, daß in der nahen Zukunft eine Symmetrie in der Rollenverteilung von Männern und Frauen nicht zu erwarten sei.

Ein besonderes Augenmerk gilt der „Individualisierung“ als einem durchgängigen Trend der gesellschaftlichen Entwicklung. Obwohl derartige Individualisierungstendenzen in vielen Bereichen - wie z.B. Ehe und Familie, Erwerbstätigkeit und Freizeitverhalten - beobachtet werden, treten auch ihre Grenzen in Erscheinung: „The process of individualization will continue in a number of respects but in others will come up against saturation effects. A society of individuals is not in prospect“.

Social and Cultural Report 1994. Social and Cultural Planning Office, Rijswijk 1995. ISBN 90-5250-903-4. 135,- hfl (70 U.S. \$).

*Heinz-Herbert Noll, ZUMA
(Tel.: 0621-1246-241)*

Unerwartet geringe Zunahme der Einkommensungleichheit in Ostdeutschland

Analysen zur Einkommensverteilung in den alten und neuen Bundesländern

Der Übergang vom Sozialismus zur Marktwirtschaft auf dem Gebiet der früheren DDR gab viel Anlaß zu Spekulationen über die Entwicklung der Einkommen im Verlauf dieses Prozesses. Erwartet wurde eine zunehmende Ungleichheit in der Einkommensverteilung. In diesem Beitrag wird untersucht, wie sich die Haushalts- und Arbeitseinkommen im Verlauf der wirtschaftlichen und sozialen Transformation in den alten und neuen Bundesländern von 1990 bis 1994 entwickeln. Analysiert werden die Veränderung der Einkommensverteilung und die Einkommensmobilität in Ost- und Westdeutschland. Als Datengrundlage dient das Sozio-ökonomische Panel, eine bevölkerungsrepräsentative Wiederholungsbefragung, die seit 1984 jährlich in den alten Bundesländern bei deutschen und ausländischen Haushalten durchgeführt wird. Seit 1990 wird auch Ostdeutschland (damals noch DDR) in die Längsschnittuntersuchung einbezogen. Ausgewertet werden die fünf Befragungswellen von 1990 bis 1994 in West- und Ostdeutschland.

Bei dem hier verwendeten Analysedesign wurden die deutschen Ausgangspopulationen von 1990 (mehr als 12000 Befragte) über vier nachfolgende Zeitpunkte weiterverfolgt. Es wurden nur Personen in die Untersuchung einbezogen, die an allen fünf Panelwellen teilnahmen. Wir haben es somit mit einer Längsschnittpopulation zu tun, die sich zwar von den jeweiligen Querschnitten unterscheidet, die es aber gestattet, Entwicklungen bei den gleichen Untersuchungseinheiten im Zeitverlauf zu analysieren. Ost- und Westdeutsche werden danach unterschieden, ob Befragte im Basisjahr 1990 im früheren Bundesgebiet oder in der früheren DDR lebten. Die Entwicklung dieser beiden Ausgangsstichproben im Panelverlauf wird untersucht. Neben dem monatlichen Bruttoarbeitseinkommen wird als Indikator für den materiellen Lebensstandard ein bedarfsgewichtetes monatliches Haushaltseinkommen verwendet. Der Bedarfsge-
 wichtung liegt die Annahme zugrunde, daß in größeren Haushalten - als gemeinsam wirtschaftenden Einheiten - der finanzielle Bedarf pro Haushaltsmitglied geringer ist als in kleinen Haushalten um ein gleichwertiges Wohlstandsniveau zu erzielen. Entsprechend der Haushaltsgröße wird deshalb das monatliche Haushaltseinkommen durch die Summe von Personengewichten (1. Person „1“, 2. Person „0,7“, jede weitere Person „0,5“) aller Haushaltsmitglieder dividiert.

Die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern war seit der Wende geprägt von Betriebsschließungen, Privatisierungen und dem damit zusammenhängenden Verlust von Arbeitsplätzen. Für einen erheblichen Teil der Bevölke-

rung, insbesondere Frauen, bedeutet dies Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und andere Einkommensverluste.

Ungleichheit bei der Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen in den neuen Bundesländern nimmt geringfügig zu

Erst die zweite Panelwelle 1991 in Ostdeutschland fand nach der Umstellung der Währung auf die D-Mark statt. Normiert man den jeweiligen Wert von 1991 auf 100, so steigt der Wert für die Bürger der alten Bundesländer bis 1994 auf 112, derjenige der neuen Bundesbürger auf 158, was nahezu drei Vierteln des durchschnittlichen Westeinkommens entspricht (vgl. Tabelle 1). Die unterschiedliche Einkommensentwicklung führt also zu einer Annäherung der Einkommen in Ost- und Westdeutschland. Auch der relative Einkommengewinn von Westwechslern hat im Panelverlauf abgenommen. Ostdeutsche, die 1992 im Westen lebten, erzielten ein um 43% höheres bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen als alle Ostdeutschen. 1994 dagegen betrug der Unterschied nur noch 18%. Anhand der Lorenzkurven der bedarfsgewichteten Haushaltseinkommen von 1990

Tabelle 1: Entwicklung des durchschnittlichen bedarfsgewichteten Haushaltseinkommens

	Westdeutsche				Ostdeutsche			
	1991	1992	1993	1994	1991	1992	1993	1994
Relation zum Westeinkommen (%)	-	-	-	-	45,4	61,4	68,4	73,7
Index 1991 = 100	100	105	110	112	100	123	144	158

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel, Längsschnittdatensatz 1990-1994

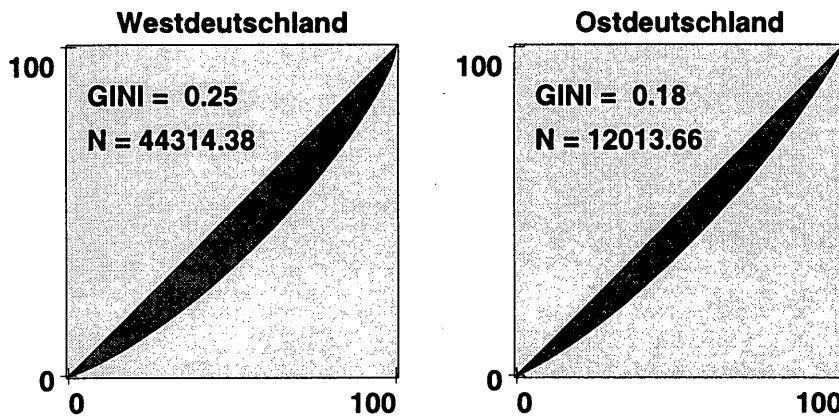
Tabelle 2: Verteilung des bedarfsgewichteten Haushaltseinkommens

	Westdeutsche			Ostdeutsche		
	1990	1992	1994	1990 ¹	1992	1994
1. Quintil	9,8	9,5	9,7	11,6	10,5	11,2
2. Quintil	14,3	14,9	14,3	14,5	18,2	16,0
3. Quintil	18,4	19,1	18,2	19,6	16,7	19,6
4. Quintil	22,2	21,7	23,0	26,3	23,1	23,5
5. Quintil	35,2	34,9	34,8	28,1	31,5	29,5
Gini-Index	0,26	0,25	0,26	0,18	0,20	0,20

¹ 1990 in Ostmark

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel, Längsschnittdatensatz 1990-1994

Graphik 1: Lorenzkurven der bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen 1990



Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel, Längsschnittdatensatz 1990-1994

wird die Messung der Einkommensverteilung verdeutlicht (vgl. Graphik 1). Die Lorenzkurve kommt so zustande, daß auf der waagrechten Achse die kumulierten Anteile der untersuchten Personen in einer Rangordnung vom niedrigsten bis zum höchsten Einkommen abgetragen werden. Auf der senkrechten Achse werden die entsprechenden kumulierten Anteile des Gesamteinkommens abgetragen. So läßt sich beispielsweise ablesen, welcher Anteil der einkommensärmeren Befragten über welchen Anteil des Gesamteinkommens verfügt. Man kann erkennen, daß die Kurve für Ostdeutschland näher bei der Gleichverteilungsgeraden verläuft als die Kurve für Westdeutschland. Die bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen waren also in der früheren DDR vor der Umstellung auf die D-Mark weniger ungleich verteilt als im früheren Bundesgebiet.

Ein verbreitetes Maß für die Konzentration des Einkommens ist der Gini-Index, der zwischen 0 und 1, d.h. zwischen vollkommener Gleichverteilung und maximaler Ungleichverteilung variiert. Er mißt die Fläche zwischen der Gleichverteilungsgeraden und der Lorenzkurve, was in Graphik 1 grau schattiert dargestellt ist. Bei der Verteilung des bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens sind in der westdeutschen Bevölkerung keine wesentlichen Veränderungen zu erkennen (vgl. Tabelle 2). In Westdeutschland hat der Gini-Index 1990 und 1994 den gleichen Wert von 0,26. Auch die Verteilung des Gesamteinkommens auf

die einzelnen Einkommensquintile zeigt eine hohe Konstanz in der Konzentration der Einkommensverteilung im Untersuchungszeitraum an. Zur Quintilsbildung werden die Untersuchungseinheiten nach der Einkommenshöhe geordnet in fünf gleich große Personengruppen unterteilt. Im ersten Quintil befinden sich dann die 20% der Befragten mit den geringsten Einkommen, im 5. Quintil, die 20% mit den höchsten Einkommen. Die geringen Veränderungen entsprechen auch der Entwicklung der Einkommensverteilung vor der deutschen Wiedervereinigung.

Die Verteilung der bedarfsgewichteten Haushaltseinkommen in Ostdeutschland zeigt im Vergleich zu Westdeutschland ein deutlich geringeres Ausmaß an Ungleichheit. Die Einkommen vor der Wiedervereinigung in Ostdeutschland waren auf niedrigerem Niveau gleicher in der Bevölkerung verteilt als in Westdeutschland. Der Gini-Index ergibt für 1990 in der früheren DDR einen Wert von 0,18. Erstaunlich ist allerdings, daß im Verlauf der vier Beobachtungsjahre die Ungleichheit nur geringfügig zugenommen hat - mit einem Anstieg des Gini-Indexes auf 0,20 bis 1994. Auch die Verteilung des Gesamteinkommens auf die einzelnen Quintile verändert sich im Zeitverlauf nicht wesentlich. 1992 deuten die abnehmenden Anteile im ersten Quintil und die zunehmenden im fünfsten Quintil auf eine weiter zunehmende Ungleichheit hin, aber bis 1994 nimmt der Anteil des Gesamteinkommens im obersten Quintil wieder ab. Der Unterschied zur westdeutschen

Einkommensverteilung ist vor allem darin zu sehen, daß sich die Einkommensvolumen in den Randpositionen unterscheiden. Das Gesamteinkommen ist insgesamt gleichmäßiger auf die fünf Quintile verteilt. So ist der Anteil des höchsten Quintils am Gesamteinkommen in den neuen Bundesländern 1994 um 5,3% niedriger als in den alten Bundesländern. Diese Ergebnisse weisen darauf hin, daß trotz der vergleichsweise hohen wirtschaftlichen Risiken in den neuen Bundesländern die materiellen Lebensgrundlagen in der Regel gesichert sind und die Einführung der Marktwirtschaft keine Polarisierung in der Einkommensverteilung bewirkt hat. Eine bedeutende Rolle spielen hierbei Transfereinkommen wie Rente, Arbeitslosengeld, Erziehungsgeld, Kindergeld, Wohngeld usw. So sind z.B. die durchgängigen Erwerbsbiographien von Frauen in den neuen Bundesländern für vergleichsweise hohe Rentenansprüche, aber auch den Bezug von Arbeitslosengeld bei Verlust des Arbeitsplatzes wichtiger Faktor.

Steigender Anteil mit weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen Haushaltseinkommens in Ostdeutschland

Gerade in der Diskussion um geringe Einkommen und Armut wird häufig die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens als kritische untere Grenze angesehen. Betrachtet man ein bedarfsgewichtetes Haushaltseinkommen von weniger als 50% des durchschnittlichen Gesamteinkommens als Niedrigeinkommen, so findet man in Westdeutschland für die fünf Untersuchungsjahre Anteile von knapp unter 10% der Befragten (vgl. Tabelle 3). Die Berechnungen wurden wiederum getrennt für Ost- und Westdeutsche durchgeführt und die Einkommen wurden mit dem jeweiligen Durchschnittseinkommen verglichen. 1990 lag der Anteil in Ostdeutschland noch bei etwa drei Prozent der Befragten, ist aber in den Jahren danach deutlich angestiegen. 1994 findet man in der Längsschnittstichprobe bereits 6,1% der Befragten, die über weniger als 50% des durchschnittlichen Einkommens verfügen. Trotz dieser Entwicklung ist der Anteil der Personen, der sich im unteren Einkommensbereich befindet, in Ostdeutschland kleiner als in Westdeutschland. Über alle fünf Panelwellen hinweg tritt Niedrigeinkommen im gesamten Bundesgebiet überwiegend ein- oder zweimal, d.h. auch nur kurzfristig

Tabelle 3: Anteil der Personen, die über weniger als 50% des durchschnittlichen bedarfsgewichteten Haushaltseinkommens verfügen

	1990	1991	1992	1993	1994
Westdeutsche	9,7	8,6	8,2	9,0	9,2
Ostdeutsche ¹	3,3	3,5	4,9	4,5	6,1

¹ 1990 in Ostmark

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel, Längsschnittdatensatz 1990-1994

Tabelle 4: Anteil der Personen, die von 1990 bis 1994 n-mal über weniger als 50% des durchschnittlichen bedarfsgewichteten Haushaltseinkommens verfügen

n-mal weniger als 50%	0	1	2	3	4	5
Westdeutsche	80,9	8,0	4,8	2,8	1,3	2,3
Ostdeutsche ¹	86,1	8,9	3,1	1,4	0,5	0,1

¹ 1990 in Ostmark

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel, Längsschnittdatensatz 1990-1994

auf (vgl. Tabelle 4). Dennoch ist in Westdeutschland der Bevölkerungsanteil etwas höher, der in der Untersuchungsperiode häufiger als zweimal unter der 50%-Grenze lag. Somit ist in den neuen Bundesländern auch die Gruppe von Personen sehr klein, die über einen längeren Zeitraum unter das 50%-Niveau absinkt.

Hohe Einkommensmobilität im Transformationsprozeß

Die hohe Stabilität der Einkommensverteilung in den alten Bundesländern und die überraschend geringe Veränderung in den neuen Bundesländern werfen die Frage nach der individuellen Einkommensmobilität auf. Sind hier nur geringe oder starke individuelle Veränderungen zu verzeichnen?

In Westdeutschland zeigt sich über alle fünf Panelwellen, daß etwa 40% der Befragten im Vergleich mit dem Vorjahr die Quintilposition wechselten. Wechsel in die Randpositionen weisen Anteile zwischen 5,1% und 6,4% auf (vgl. Tabelle 5). In den neuen Bundesländern findet man eine noch höhere Einkommensmobilität vor - allerdings im Zeitverlauf mit abnehmender Tendenz. Wechselten 1991 noch 61,5% der Ostdeutschen die Quintilposition, so waren es 1994 nur noch 47,1%. Mit der Währungsreform von 1990 auf 1991 wechselten besonders viele Ostdeutsche die Quintilposition. Auch Wechsel in die Randpositionen erfolgten in den neuen Bundesländern zu Beginn

des Untersuchungszeitraums deutlich häufiger als in den alten Bundesländern. Aber auch hier nähern sich die Anteile bis 1994 denjenigen in Westdeutschland an. Die außerordentlich hohe Einkommensmobilität im Osten hat sich im Verlauf der wirtschaftlichen Transformation deutlich verlangsamt, ist aber immer noch höher als im Westen.

Durchgängig über alle fünf Panelwellen hinweg befanden sich in den alten Bundesländern 7,3% und in den neuen Bundesländern 3,3% der Befragten im untersten Quintil - im obersten Quintil waren es 8,6% im Westen und 4,7% im Osten.

Tabelle 5: Veränderung der relativen Einkommensposition zum Vorjahr

	Westdeutsche			
	1991	1992	1993	1994
kein Wechsel	58,5	60,8	59,2	62,7
Wechsel in das unterste Quintil	6,3	5,3	6,4	6,4
Wechsel in das oberste Quintil	5,3	5,2	5,4	5,1
Ostdeutsche				
	1991 ¹	1992	1993	1994
kein Wechsel	38,5	45,2	50,2	52,9
Wechsel in das unterste Quintil	9,8	8,4	7,9	7,9
Wechsel in das oberste Quintil	9,7	7,2	6,3	6,5

¹ 1990 in Ostmark gemessen

Ostdeutsche bleiben somit auch seltener über einen längeren Zeitraum in den Randquintilen als Westdeutsche.

Stärkere Zunahme der Ungleichheit von Bruttoarbeitseinkommen bei Vollerwerbstätigen

Für die Untersuchungen zum Bruttoarbeitseinkommen wurden nur Personen berücksichtigt, die zu den Befragungszeitpunkten in den Jahren 1990, 1992 und 1994 voll erwerbstätig waren. Bei dieser Personengruppe sind Befragte mit einem geringeren Arbeitslosigkeitsrisiko überrepräsentiert, die Einkommen dieser Personengruppe unterscheiden sich daher von Querschnittsbetrachtungen. Neuere Untersuchungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung belegen z.B., daß unter ostdeutschen Frauen vor allem qualifizierte Angestellte des öffentlichen Dienstes ihren Arbeitsplatz behalten haben.

Von den Vollerwerbstätigen im Jahr 1990 waren in Westdeutschland 80% der Männer und 64% der Frauen auch 1992 und 1994 voll erwerbstätig. In Ostdeutschland waren es dagegen nur 63% der Männer und 46% der Frauen. Die Ungleichheit der Verteilung der Bruttoarbeitseinkommen dieser Längsschnittpopulation nimmt in Ostdeutschland im Verlauf der Untersuchung zu. Der Gini-Index steigt von 1990 bis 1994 von 0,17 auf 0,21. Damit haben sich die Ungleichverteilungen in den alten und neuen Bundeslän-

Tabelle 6: Verteilung der Bruttoarbeitseinkommen¹ von Vollzeitwerbstätigen

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1990	1992	1994	1990 ²	1992	1994
in %						
1. Quintil	11,2	11,4	11,3	15,1	13,0	12,7
2. Quintil	14,4	15,0	16,0	14,6	15,7	16,1
3. Quintil	17,0	17,9	17,0	19,0	17,4	17,6
4. Quintil	22,1	21,8	21,3	22,4	24,6	23,4
5. Quintil	35,2	34,0	34,3	28,9	29,3	30,1
Gini-Index	0,22	0,23	0,22	0,17	0,20	0,21

¹ Personen, die 1990, 1992 und 1994 voll erwerbstätig waren. ² 1990 in Ostmark
Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel, Längsschnittdatensatz 1990-1994

den in den Bruttoarbeitseinkommen für diese Personengruppen stark angenähert. Die Einkommenskonzentration beim Bruttoarbeitseinkommen im fünften Quintil ist auch 1994 in Ostdeutschland noch niedriger als in Westdeutschland. Allerdings hat der Anteil am Gesamteinkommen im höchsten Quintil in den alten Bundesländern um etwa ein Prozent abgenommen und in den neuen Bundesländern um etwa ein Prozent zugenommen. Während in Westdeutschland im untersten Quintil keine wesentlichen Veränderungen im Panelverlauf zu erkennen sind, hat in Ostdeutschland der Einkommens-

anteil im ersten Quintil von 1990 bis 1994 um 2,4% abgenommen. Die Einbuße am Einkommensvolumen ist in der unteren Randposition damit am größten.

Abnehmende Ungleichheit der Arbeitseinkommen zwischen Frauen und Männern in Ostdeutschland

Nicht nur Teilzeitbeschäftigte, sondern auch vollerbwerbstätige westdeutsche Frauen befinden sich überwiegend in niedrigen Einkommenspositionen. Bereits 1990 befanden sich vollerbwerbstätige Frauen in der früheren DDR seltener im

untersten Quintil als im früheren Bundesgebiet (vgl. Tabelle 7). Während in den alten Bundesländern keine wesentlichen Änderungen in der Verteilung der Frauen auf die verschiedenen Quintile festzustellen ist, nimmt bei ostdeutschen Frauen der Anteil im untersten Quintil deutlich ab und im obersten sogar zu. Jeweils knapp 45% der westdeutschen Frauen befinden sich im 1. Quintil. Bei ostdeutschen Frauen ist dieser Anteil zwischen 1990 und 1992 von 34% auf 26% geschrumpft. Im 5. Quintil ist die größte Änderung zwischen 1992 und 1994 zu beobachten: Hier ist ein Zuwachs von 9% auf fast 15% zu verzeichnen. Das bedeutet, daß Frauen, die nicht aus der vollen Erwerbstätigkeit ausgeschieden sind, ihre Einkommensposition gegenüber den Männern verbessern konnten. Trotz einer Zunahme der Ungleichheit der Bruttoarbeitseinkommen insgesamt hat in den neuen Bundesländern die Ungleichheit zwischen vollerbwerbstätigen Männern und Frauen abgenommen. Obwohl ostdeutsche Frauen im Allgemeinen als „Verlierer“ auf dem Arbeitsmarkt gelten, konnten diejenigen Frauen, die über den bisherigen Transformationsprozeß hinweg voll erwerbstätig bleiben konnten, ihre Einkommensposition gegenüber den Männern sogar verbessern.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß nach den ersten Jahren der sozialen und wirtschaftlichen Transformation in der ostdeutschen Bevölkerung immer noch geringere Ungleichheiten in der Verteilung der Arbeitseinkommen, besonders aber auch der bedarfsgewichteten Haushaltseinkommen zu beobachten sind als in der westdeutschen. Einen wichtigen Einfluß haben in diesem Zusammenhang wohlfahrtsstaatliche Transferleistungen an Personen und Haushalte, aber auch Subventionen von Arbeitseinkommen, z.B. durch Treuhandbetriebe.

*Stefan Weick, ZUMA
(Tel. 0621/1246-245)*

Tabelle 7: Verteilung der Bruttoarbeitseinkommen von Vollzeitwerbstätigen nach Geschlecht

	Westdeutsche			Ostdeutsche		
	1990	1992	1994	1990	1992	1994
1. Quintil						
Frauen	43,9	45,0	44,4	34,1	26,0	26,6
Männer	12,6	11,6	11,4	17,1	18,7	19,3
2. Quintil						
Frauen	23,6	25,1	21,8	17,2	24,2	18,4
Männer	18,7	18,2	21,4	17,7	18,1	21,0
3. Quintil						
Frauen	17,5	14,3	16,6	19,2	18,1	17,3
Männer	20,3	22,0	19,9	20,6	19,4	19,6
4. Quintil						
Frauen	9,3	10,9	12,5	19,6	22,7	23,0
Männer	24,2	23,0	22,0	20,9	21,8	20,2
5. Quintil						
Frauen	5,7	4,7	4,7	9,8	9,0	14,8
Männer	24,3	25,2	25,4	23,7	22,0	19,9

¹ Personen, die 1990, 1992 und 1994 voll erwerbstätig waren.
Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel, Längsschnittdatensatz 1990-1994

Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik

Erster Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“

Die anstehenden demographischen Veränderungen, die mit dem Schlagwort der Überalterung der deutschen Bevölkerung Eingang in die Medien gefunden haben, werden auf die Bundesrepublik Deutschland wie auch auf andere Industriestaaten in den nächsten Jahrzehnten zukommen. Welche Bedeutung diese einschneidenden Veränderungen, wie beispielsweise eine steigende Lebenserwartung und eine auf niedrigem Niveau stagnierende oder sinkende Geburtenrate, für die bundesrepublikanische Gesellschaft haben werden, dokumentiert der erste Zwischenbericht der vom Bundestag im Herbst 1992 eingesetzten Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“.

Die Kommission hat sich bei der Erstellung des Zwischenberichts sowohl auf Gutachten - die in einem getrennten Sammelband veröffentlicht werden sollen - als auch auf die Ergebnisse von verschiedenen themenspezifischen öffentlichen Anhörungen gestützt. Im Juni 1994 wurde der vorliegende Bericht, der sowohl eine solide ausgearbeitete Bestandsaufnahme als auch erste Handlungsempfehlungen an die Politik enthält, im Plenum des deutschen Bundestages beraten. Im Mittelpunkt dieses Berichts steht eine umfassende Beschäftigung mit dem Themenkomplex demographischer Wandel in seinen gesellschaftlichen, ökonomischen und sozialen Auswirkungen auf alle Generationen. Behandelt wurden sieben verschiedene Themenbereiche:

- **Demographischer Wandel:** Die Daten und ihre Entwicklung bis 2030
Eine Bestandsaufnahme der demographischen Entwicklung identifiziert verschiedene Faktoren, wie ein anhaltend niedriges Geburtenniveau oder die steigende Lebenserwartung, die dazu führen, daß der Anteil älterer Menschen in unserer Gesellschaft absolut wie auch relativ zunehmen wird. Dabei wird den Wanderungen eine zunehmend wichtigere Rolle zukommen, da die deutsche Bevölkerung zwar bis zum Jahre 2001 vermutlich noch

wachsen wird, dann jedoch aufgrund des Geburtendefizits voraussichtlich stetig zurückgeht. Weitere Veränderungen, wie der steigende Anteil von ausländischen Senioren und Hochaltrigen über 80 Jahre, die Disparitäten zwischen Ost- und Westdeutschland, aber auch die ungleiche Verteilung der älteren Bevölkerungsgruppe im Umland der Kernstädte und dem ländlichen Raum, deuten darauf hin, wer die möglichen Problemgruppen von morgen sein werden und im Zielbereich einer aktiven Politik stehen sollten.

- **Familie und soziales Umfeld**

Die Familienstrukturen und die Beziehungen zwischen den Generationen werden sich unter anderem aufgrund des steigenden Anteils zeitlebens kinderloser Frauen, der im Jahre 2030 immerhin 30 Prozent erreichen soll, durch die steigende Zahl an Ein-Personen-Haushalten, die sinkenden Geburtenzahlen aber auch durch das heute schon sichtbar werdende Trennungverhalten deutlich verändern.

- **Wirtschaft und Arbeitsmarkt**

Die zukünftigen Trends des Arbeitsmarktes lassen sich bis zum Jahre 2010 durch eine stagnierende bzw. leicht steigende und danach stark sinkende Zahl der Erwerbsbevölkerung kennzeichnen. Frühverrentung, Verjüngung der Belegschaften sowie eine „Entberuflichung des Alters“ werden bis 2010 als Möglichkeiten genutzt werden, den Überschuß an Arbeitskräften abzubauen. Der sich danach abzeichnende Trend eines Mangels an Arbeitskräften kann durch eine stärkere Einbindung von Frauen und älteren Arbeitnehmern und nur bedingt durch ausländische Arbeitskräfte kompensiert werden.

- **Materielle Situation**

Neben immerhin einem Drittel aller Frauen über 55 Jahre, die kein eigenes Alterseinkommen haben bzw. auch in Zukunft nicht erwarten können, werden Personen, die in ihrem individuellen Lebenslauf

Scheidungen, Verwitwungen, Auflösungen von nichtehelichen Lebensgemeinschaften, aber auch gesundheitliche Beeinträchtigungen verkraften mußten, in zunehmendem Maße von Armut betroffen sein.

- **Aktives Älterwerden**

Die Handlungsempfehlungen für die Politik zielen sowohl auf die Kompetenzerhaltung als auch auf die Sicherung der aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bis ins hohe Alter.

- **Wohnen und Wohnumfeld**

Bei der Bestandsaufnahme der aktuellen Wohnsituation zeigt sich ein Mehrbedarf an Wohnungen, der auch in Zukunft, bedingt unter anderem durch die steigende Zahl von Ein-Personen-Haushalten, nicht reduziert werden kann. Der Wohnungsmarkt mit seinen regionalen Unterschieden wird sich somit trotz sinkender Bevölkerungszahlen vermutlich nicht entspannen. Hinsichtlich der Neubauaktivitäten wird die Empfehlung ausgesprochen, die sich verändernden Anforderungen einer älter werdenden Gesellschaft sowohl bei der Wohnungsausstattung als auch bei der Gestaltung des Wohnumfeldes zu berücksichtigen.

- **Gesundheitliche Situation, Versorgung und Betreuung**

Bedingt durch den besseren Gesundheitszustand der Bevölkerung wird sich auch in Zukunft die Lebenserwartung noch erhöhen. Insbesondere die Hochaltrigkeit stellt neue Anforderungen an Medizin und Pflege, da zunehmend präventive, rehabilitative und gesundheitsfördernde Maßnahmen innerhalb eines vernetzten Versorgungssystems erforderlich werden.

Diesem Zwischenbericht, der sich durch seine solide wissenschaftliche Behandlung mit einer breiten Daten- und Literaturlage des Themenkomplexes „Demographischer Wandel“ auszeichnet, ist über die Zielgruppe der politischen Gremien, Institutionen und Fachverbänden hinaus, eine breitere Öffentlichkeit zu wünschen. Einzelexemplare dieses Zwischenberichts sind kostenlos zu beziehen beim Deutschen Bundestag, Sekretariat der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“, Bundeshaus, Görresstraße 15 in 53113 Bonn.

*Helmut Schröder, Universität Stuttgart
(Tel.: 0711/121-3582)*

Arbeitszeiten in Ost- und Westdeutschland: Starke Diskrepanzen zwischen Wunsch und Wirklichkeit

In Westdeutschland ist die Debatte um Arbeitszeitgestaltung in den letzten Jahren intensiv geführt worden. Die Kritik an dem sogenannten „Normalarbeitsverhältnis“ als beschäftigungspolitischem Maßstab und als Bezugspunkt sozialstaatlicher Absicherungen ist dabei immer lauter geworden. Untersuchungen über Arbeitszeitpräferenzen in Westdeutschland belegen, daß die dem Normalarbeitsverhältnis zugrundeliegenden Normalitätsannahmen häufig nicht mit den subjektiven Interessenlagen und den Erwerbspräferenzen der Arbeitnehmer in Einklang stehen. Eine breite Streuung von Arbeitszeitpräferenzen spiegelt die heterogenen Interessen und Bedürfnisse der Arbeitnehmer wider, die Arbeitszeiten entsprechend individueller Lebensumstände zu variieren. Detaillierte Kenntnisse über Arbeitszeitpräferenzen und ihre Motive und Hintergründe können die Debatte um Arbeitszeitregelungen um grundlegende Daten zur Entwicklung bedürfnisgerechterer Arbeitszeitperspektiven bereichern.

Die Diskussion um Arbeitszeitgestaltung bezieht sich zumeist auf westdeutsche Verhältnisse. Sie fällt jedoch in die Zeit der Wiedervereinigung Deutschlands, ohne dem Umstand grundsätzlich verschiedener Erwerbsarbeitswelten in beiden Landesteilen allzuviel Aufmerksamkeit geschenkt zu haben. Die deutsche Wiedervereinigung hat zwei Gesellschaften mit unterschiedlichen Erwerbsmustern, speziell von Frauen, einem unterschiedlichen Verständnis von der Rolle der Frauen in Beruf und Familie, sowie nicht zuletzt anderen Arbeitszeitmustern zusammengeführt. Die Vermutung liegt nahe, daß die im Vergleich zu Westdeutschland andersartigen Voraussetzungen auch mit anderen Arbeitszeitvorstellungen der ostdeutschen Arbeitnehmer und vor allem der Arbeitnehmerinnen korrespondieren. Will man bedürfnisgerechtere Arbeitszeitregelungen entwick-

keln, so muß den möglichen Ost-West-Unterschieden Rechnung getragen werden.

Unterschiedliche Arbeitszeitvorstellungen in West und Ost

Im Rahmen des Sozio-ökonomischen Panels 1993 wurden Erwerbstätige in West- und Ostdeutschland nach ihrer präferierten Wochenarbeitszeit befragt, wobei sie berücksichtigen sollten, daß sich ihr Verdienst entsprechend der Arbeitszeit ändert.

30% der Erwerbstätigen in Westdeutschland wünschen sich unter Berücksichtigung entsprechender Einkommenseinbußen einen Teilzeitarbeitsplatz mit einer Wochenarbeitszeit von bis zu 34 Stunden. Dabei sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern eklatant: 55%

der Frauen, aber nur 12% der Männer wünschen sich diese Arbeitszeit. Am häufigsten wird ein Teilzeitwunsch von 26- bis 45jährigen Arbeitnehmerinnen geäußert. Im Gegensatz zum Interesse an Teilzeit entspricht eine Arbeitszeit von 40 und mehr Stunden den Wunschvorstellungen jedes zweiten Mannes, aber nur jeder sechsten Frau in Westdeutschland.

Von den Erwerbstätigen in Ostdeutschland präferieren 20% einen Teilzeitarbeitsplatz mit einer Arbeitszeit bis zu 34 Stunden wöchentlich. Auch hier sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern groß: 33% der Frauen, aber nur 8% der Männer äußern den Wunsch nach Teilzeitarbeit. Der Anteil an Teilzeinteressierten unterscheidet sich in den einzelnen Altersgruppen der ostdeutschen Bevölkerung kaum voneinander.

Ein wesentlicher Unterschied besteht in den Arbeitszeitvorstellungen von Frauen aus West- und Ostdeutschland. Während Frauen in Westdeutschland mehrheitlich Teilzeitarbeitsplätze präferieren, überwiegt bei Frauen in Ostdeutschland das Interesse an Vollzeitarbeitsplätzen mit Arbeitszeiten von 35 und mehr Stunden pro Woche. Vier von zehn Frauen in Ostdeutschland wollen sogar zwischen 40 und 44 Stunden pro Woche arbeiten, von den westdeutschen Frauen dagegen nur eine von zehn. Ostdeutsche Männer sind ähnlich zurückhaltend gegenüber der Teilzeitarbeit wie westdeutsche Männer und orientieren sich an Vollzeitarbeitsmustern. Die Arbeitszeitwünsche ostdeutscher Männer bündeln sich jedoch häufiger in einem höheren Stundenbereich: sechs von zehn Männern in Ostdeutschland möchten zwischen 40 und 44 Stunden arbeiten, aber nur vier von zehn Männern in Westdeutschland. Arbeitszeiten über 44 Stunden wöchentlich sind für Arbeitnehmer in beiden Landesteilen nur wenig attraktiv.

Arbeitszeitpräferenzen von Erwerbstätigen

Arbeitszeitpräferenzen	West			Ost		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
< 20 Std.	8	2	16	4	3	4
20-34 Std.	22	10	39	16	5	29
35-39 Std.	34	38	29	20	18	21
40-44 Std.	27	38	14	50	59	40
+ 45 Std.	8	13	2	11	16	5

Angabe in Spaltenprozenten
Datenbasis: SOEP 1993

Wunsch nach Arbeitszeitverkürzung überwiegt in Ost und West

Erhebliche Unterschiede zwischen den Arbeitszeiten ost- und westdeutscher Arbeitnehmer schlagen sich im alltäglichen Zeitbudget nieder. Die vereinbarte Wochenarbeitszeit ist bei ostdeutschen Vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern um ca. zwei Stunden höher als bei westdeutschen, die faktisch geleistete Wochenarbeitszeit sogar um ca. drei Stunden. So geben z.B. Vollzeit erwerbstätige Männer in Ostdeutschland durchschnittlich 47 Stunden

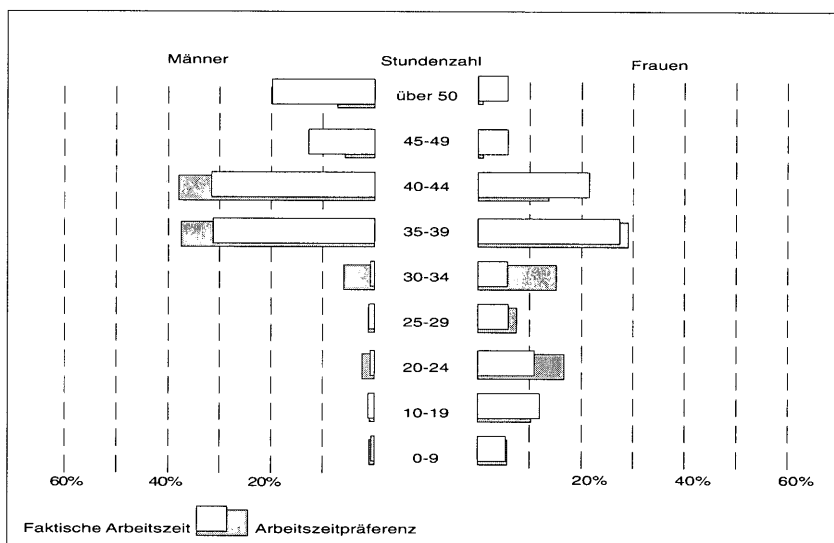
als faktisch geleistete Wochenarbeitszeit an, Männer in Westdeutschland dagegen 44 Stunden. Im Vergleich zur faktisch geleisteten wöchentlichen Arbeitszeit ist die gewünschte Arbeitszeit bei Vollzeit erwerbstätigen Männern in Ostdeutsch-

land im Durchschnitt um sieben Stunden und bei Männern im Westdeutschland um fünf Stunden kürzer. Oder, aus einer anderen Perspektive betrachtet: jeder zweite Mann in Ostdeutschland und jeder dritte Mann in Westdeutschland gibt 45

Stunden und mehr als faktisch geleistete wöchentliche Arbeitszeit an, aber nur jeweils jeder achte in beiden Landesteilen wünscht sich diese Arbeitszeit.

Wird die Diskrepanz zwischen gewünschten und geleisteten Arbeitszeiten bei Teilzeitbeschäftigten betrachtet, so sind zwei Gruppen zu unterscheiden: bei Beschäftigten mit einer Stundenzahl von 20 bis 34 Stunden stimmen Wunsch und Wirklichkeit weitgehend überein, bei Beschäftigten mit einer Wochenarbeitszeit unter 20 Stunden besteht in Ost wie in West ein erheblicher Bedarf an einer Ausdehnung der Wochenarbeitszeit.

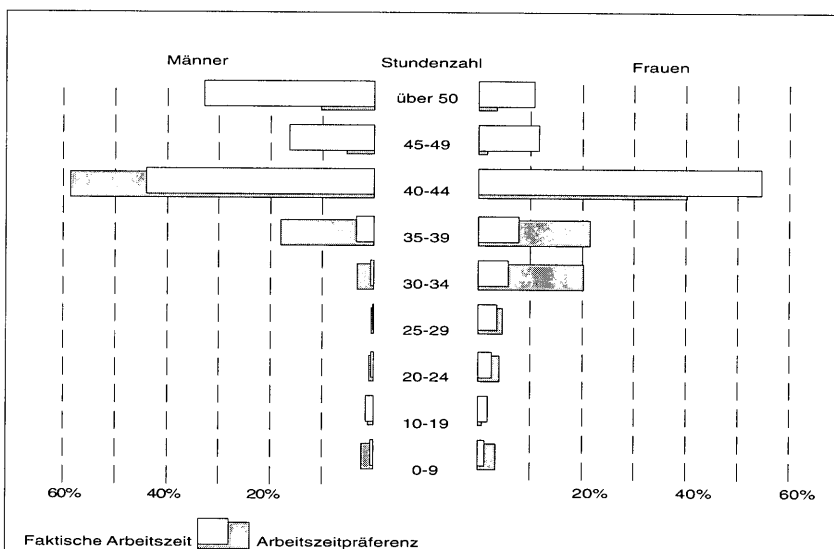
Faktische und präferierte Arbeitszeit in Westdeutschland



Datenbasis: SOEP 1993

In der Gesamtrechnung überwiegt gegenüber dem Bedarf an einer Ausdehnung der Arbeitszeiten eindeutig der Bedarf an Arbeitszeitverkürzungen. 48% der westdeutschen und 57% der ostdeutschen Arbeitnehmer wünschen sich eine Verkürzung der Arbeitszeiten um mindestens drei Stunden. Eine Ausdehnung der Arbeitszeiten um mindestens drei Stunden wünschen sich nur 9% der westdeutschen und 8% der ostdeutschen Arbeitnehmer. Eine Übereinstimmung zwischen Arbeitszeitwunsch und Arbeitszeitrealität ist mit einem Anteil von 46% noch am häufigsten bei westdeutschen Frauen gegeben, am wenigsten häufig dagegen bei ostdeutschen Männern. Bei nur jedem dritten ostdeutschen Mann stimmen Arbeitszeit und Arbeitszeitwunsch überein, wobei drei von fünf lieber weniger arbeiten würden.

Faktische und präferierte Arbeitszeit in Ostdeutschland



Datenbasis: SOEP 1993

Teilzeitarbeit - größere Verbreitung und stärkeres Interesse in Westdeutschland

Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse sind nicht nur in den Wunschvorstellungen, sondern auch in der realen Arbeitswelt in Ost- wie in Westdeutschland eine Domäne der Frauen. In Ostdeutschland sind sie jedoch weniger verbreitet. Nimmt man keine festgeschriebene Stundenzahl, sondern die Selbsteinschätzung von erwerbstätigen Frauen zur Grundlage, so geben mit einem Anteil von 40% Frauen in Westdeutschland mehr als doppelt so häufig an, Teilzeit erwerbstätig zu sein wie Frauen in Ostdeutschland mit einem Anteil von 15%. Die Teilzeitverhältnisse unterscheiden sich jedoch hinsichtlich ihres zeitlichen Umfanges in Ost- und Westdeutschland beträchtlich. Ostdeutsche Arbeitnehmerinnen, die angeben, Teilzeit zu arbeiten, arbeiten im Durch-

schnitt 28 Stunden, westdeutsche Arbeitnehmerinnen dagegen nur 20 Stunden wöchentlich. Bevorzugt wird von teilzeitinteressierten Frauen im Osten wie im Westen eine Wochenarbeitszeit, die den Umfang einer „Halbtagsstelle“ überschreitet. Eine Arbeitszeit im Umfang von 20 bis 34 Stunden wöchentlich wünschen sich 39% der westdeutschen Frauen, eine Arbeitszeit von bis zu 20 Stunden wöchentlich 16%. Bei den ostdeutschen Frauen konzentrieren sich die Teilzeitwünsche noch deutlicher auf die Kategorie 20 bis 34 Stunden wöchentlich, eine Arbeitszeit unter 20 Stunden präferieren lediglich 4%.

Ein weiterer wesentlicher Unterschied besteht in der Zusammensetzung der Teilzeitbeschäftigten. In der alten Bundesrepublik sind Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse zu einer typischen Form der Erwerbsbeteiligung von Müttern mit Kindern unter 16 Jahren im Haushalt geworden. Demgegenüber dominieren in den neuen Bundesländern die über 50jährigen Frauen unter den Teilzeitbeschäftigten.

Mütter wollen im Westen mehrheitlich Teilzeit, im Osten Vollzeit arbeiten

Bei Frauen im Westen ist im Gegensatz zu Frauen im Osten der familienbiographische Kontext ein entscheidender Indikator für die Arbeitszeitpräferenz und für die faktischen Arbeitszeiten. Die präferierte Wochenarbeitszeit von Frauen mit Kindern unter 16 Jahren liegt in Westdeutschland bei durchschnittlich 23 Stunden wöchentlich, bei Frauen ohne Kinder im Haushalt dagegen bei 30 Stunden.

In Ostdeutschland unterscheidet sich die präferierte Wochenarbeitszeit von Frauen mit Kindern im Haushalt mit durch-

schnittlich 34 Stunden kaum von der präferierten Wochenarbeitszeit von Frauen ohne Kinder mit 35 Stunden. Auch für den Umfang der faktischen Arbeitszeiten von ostdeutschen Frauen sind Kinder im Haushalt kein entscheidendes Kriterium: sie liegen sowohl bei erwerbstätigen Frauen ohne Kinder als auch bei erwerbstätigen Frauen mit Kindern bei durchschnittlich 40 Stunden pro Woche. Anders bei erwerbstätigen Frauen in Westdeutschland: die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit liegt bei Frauen ohne Kinder mit 35 Stunden um rund zehn Stunden pro Woche höher als bei Frauen mit Kindern im Haushalt mit 25 Stunden.

Zu beachten ist aber in diesem Zusammenhang, daß jede zweite Frau in Westdeutschland mit Kindern unter 16 Jahren im Haushalt nicht erwerbstätig und nur jede achte Vollzeit erwerbstätig ist. In Ostdeutschland ist dagegen nur jede dritte Frau mit Kindern nicht erwerbstätig, aber jede zweite arbeitet Vollzeit.

Worin liegen nun die Ursachen für so erhebliche Unterschiede in den Arbeitszeitmustern und Arbeitszeitpräferenzen ostdeutscher und westdeutscher Mütter? Ein nicht zu unterschätzendes Kriterium ist das im Vergleich zu westdeutschen Haushalten geringere Einkommensniveau ostdeutscher Haushalte. In Ostdeutschland sind Frauen in Paarhaushalten und erst recht Alleinerziehende eher auf ein „volles“ Einkommen angewiesen. Obwohl alleinerziehende Frauen in Ostdeutschland im Durchschnitt sieben Stunden pro Woche länger arbeiten als in Westdeutschland, liegt das bedarfsgewichtete Durchschnittseinkommen ostdeutscher Alleinerziehendenhaushalte um rund 270 DM unter dem der westdeutschen.

In den Arbeitszeitvorstellungen spiegelt sich aber auch ein in beiden Landesteilen unterschiedliches Verständnis von der Rolle der Frau in Beruf und Familie wider. Ostdeutsche stehen der Berufstätigkeit von Frauen und insbesondere von Müttern positiver gegenüber als Westdeutsche. Zu DDR-Zeiten war die Berufstätigkeit von Müttern die Regel und normatives Leitbild. Außerfamiliäre Kinderbetreuungseinrichtungen und weitere Entlastungsangebote stützten die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Beruf. Neuere Untersuchungen belegen, daß die Akzeptanz der Berufstätigkeit von Müttern in der ostdeutschen Bevölkerung auch heute noch anhaltend hoch ist (vgl. ISI Nr. 13/Januar 1995, S.6-9). Ungebrochen ist auch die hohe Erwerbsneigung sowie die Orientierung auf eine lebenslange Vollzeitbeschäftigung ostdeutscher Frauen, die an der Vorstellung festhalten, auch in Kinderbetreuungsphasen Vollzeit zu arbeiten.

Demgegenüber präferieren westdeutsche Frauen in Kinderbetreuungsphasen mehrheitlich Teilzeitarbeit. Die Etablierung der Teilzeitarbeit in Westdeutschland als typische Erwerbsform von Müttern hat neben spezifischen Arbeitsmarktbedingungen noch andere Ursachen. Hier entspricht die Entkoppelung von Kinderbetreuungsphase und Berufsphase der Norm und wird sozialpolitisch begünstigt. Mit der steigenden Erwerbsorientierung auch der westdeutschen Frauen wächst aber der Anteil der Mütter, die ihre Erwerbsarbeit nicht längerfristig unterbrechen wollen. Vor dem Hintergrund defizitärer außerfamiliärer Kinderbetreuungsmöglichkeiten betrachten sie Teilzeitarbeit als Möglichkeit, Beruf und Kinderbetreuung miteinander in Einklang bringen zu können. Dabei werden die mit Teilzeitbeschäftigungen derzeit verbundenen Benachteiligungen (zum Beispiel verminderte Karrierechancen) und Risiken der sozialen Sicherung notwendigerweise in Kauf genommen.

Mit der skizzierten Entwicklung sind seit der Wiedervereinigung auch Frauen in Ostdeutschland konfrontiert. Dennoch gibt es bislang keine Anzeichen dafür, daß sie sich mit dem westlichen Familien- und Erwerbsmodell arrangieren. Die Reduzierung der Arbeitszeit in Kinderbetreuungsphasen auf den Umfang einer Teilzeitarbeitsstelle oder gar die Aufgabe der Berufstätigkeit stellt für sie derzeit keine Alternative dar. Es ist schwer zu ermesen, welches Gewicht den dafür ge-

Diskrepanzen zwischen faktischen und präferierten Arbeitszeiten

	Gesamt		Männer		Frauen	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Arbeitszeit > Arbeitszeitpräferenz ¹	48	57	51	59	45	55
Arbeitszeit = Arbeitszeitpräferenz ²	43	34	41	33	46	36
Arbeitszeit < Arbeitszeitpräferenz ³	9	8	9	7	8	10

Angabe in Spaltenprozenten

¹ Faktische Arbeitszeit mindestens 3 Stunden höher als die präferierte Arbeitszeit

² ± 3 Stunden entspricht die faktische der präferierten Arbeitszeit

³ Faktische Arbeitszeit mindestens 3 Stunden geringer als die präferierte Arbeitszeit

Datenbasis: SOEP 1993

nannten Ursachen, dem ökonomischen Druck einerseits und dem Rollenverständnis andererseits, dabei zukommt. Möglicherweise könnte mit steigendem Einkommensniveau der ostdeutschen Haushalte auch das Interesse an Teilzeitarbeit steigen. Zumindest ist abzusehen, daß den derzeitigen Lebensentwürfen und Arbeitszeitvorstellungen ostdeutscher Frauen auf längere Sicht mangelnde Realisierungsmöglichkeiten gegenüberstehen werden.

Ein nicht ausgeschöpftes Potential für Arbeitszeitverkürzungen

Die Hälfte der Arbeitnehmer in Ost- und Westdeutschland wünschen sich unter Berücksichtigung entsprechender Einkommenseinbußen eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit um mindestens drei Stunden - damit besteht ein beträchtliches Potential für Arbeitszeitverkürzungen. Ein Bedarf besteht besonders an „kürzeren“ Vollzeitverhältnissen und an Teilzeitarbeitsplätzen, die den Umfang einer Vollzeitarbeit nur geringfügig unterschreitet (im Bereich von 30 bis 34 Stunden wöchentlich). Ein geeignetes Instrument, um diesen Arbeitnehmerinteressen gerechter zu werden, sind generelle Arbeitszeitverkürzungen. Generelle Arbeitszeitverkürzungen könnten dazu beitragen, die bestehende Kluft zwischen privilegierten Vollzeitarbeitsplätzen einerseits und benachteiligten Teilzeitarbeitsplätzen andererseits zu verringern. Trotz einer deutlichen Expansion der Teilzeitarbeit in den letzten Jahren sind sozialstaatliche Sicherungssysteme und Privilegien nach wie vor vornehmlich auf die Normalarbeitszeit, also auf kontinuierliche Vollzeitbeschäftigung, ausgerichtet. Bei Teilzeitverhältnissen handelt es sich dagegen häufig um „reduzierte“ Erwerbsarbeit im wahrsten Sinne des Wortes: um (zeitlich reduzierte) Erwerbsarbeit mit reduziertem Entgelt, reduzierten Chancen und reduzierter bis fehlender sozialer Absicherung. Dies gilt in besonderem Maße für Teilzeitarbeitsplätze im Bereich unter 19 Stunden pro Woche. Um diesem Mißstand entgegenzuwirken, sind umfangreiche Maßnahmen in den Bereichen Arbeitsmarktintegration, Arbeitsmarktgestaltung und soziale Sicherung notwendig. Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen der Teilzeitarbeit und ein breiteres Angebot an außerfamiliärer Kinderbetreuung würde dazu beitragen, das Problem der (Un-)Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu entschärfen. Gefor-

dert sind arbeitsmarktpolitische und familienpolitische Akteure. Die Familienpolitik der Bundesrepublik trägt der steigenden Erwerbsorientierung der Frauen im Westen und der ungebrochen hohen Erwerbsorientierung der Frauen im Osten derzeit nur in unzureichender Weise Rechnung: familienpolitisch vorgesehen und forciert wird die Erwerbsunterbrechung der Mutter nach der Geburt eines Kindes, keineswegs aber Möglichkeiten zur Fortführung der Erwerbstätigkeit, z.B. in zeitlich reduzierter Form. Möglichkeiten, nach der Geburt eines Kindes die Arbeitszeit zu variieren, sollten neben der Freistellungsmöglichkeit für Mütter und Väter realisierbar sein. Eine starre Orientierung an der „Normalarbeitszeit“ schränkt die Realisierungsmöglichkeiten der „doppelten Lebensentwürfe“ (Beruf und Familie) von Frauen unter den derzeit geltenden familienpolitischen Prämissen erheblich ein. Eine größere Variationsbreite in der Arbeitszeitgestaltung könnte

dagegen dem „entweder Familie oder Beruf“ entgegenwirken und insbesondere Frauen vor dem Dilemma bewahren, zwischen einer erwerbsorientierten und einer familienorientierten Lebensweise wählen zu müssen. Neben der (nicht nur rein formalen) Öffnung familienpolitischer Maßnahmen für Männer sollte nach Wegen gesucht werden, die es auch Männern ermöglicht, sich neben der Erwerbsarbeit stärker im Bereich der Kindererziehung zu engagieren. Auch hier ist die Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen bzw. Vollzeitarbeitsplätzen mit reduzierter Stundenzahl, die in sozial gesicherter Form auch in qualifizierten Tätigkeitsbereichen eingerichtet werden, von großer Bedeutung.

*Karin Schulze-Buschhoff,
Wissenschaftszentrum Berlin für
Sozialforschung
(Tel.: 030-25491-534)*

Existenzsicherung und Lebensverhältnisse in den osteuropäischen Ländern

Sitzung der Sektion Sozialindikatoren im Rahmen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle

Der Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie hatte „Gesellschaften im Umbruch“ zum Thema und so standen auch in der Sitzung der Sektion Sozialindikatoren osteuropäische Länder, die sich zur Zeit in vielerlei Hinsicht im Umbruch befinden, im Mittelpunkt. Der Wandel der Lebensverhältnisse in Osteuropa und Möglichkeiten der Existenzsicherung in eben diesen Ländern wurden von Referenten aus Deutschland, aber auch aus den betroffenen Ländern wie Bulgarien, der Slowakei, Polen und Ungarn beleuchtet. Die Sitzung (am Freitag, den 7. April 1995) wurde von Wolfgang Glatzer (Universität Frankfurt/Main) vorbereitet und geleitet.

Zu Beginn stellte Wolfgang Seifert vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung subjektive Bewertungen der Lebensverhältnisse in Osteuropa und Ostdeutschland einander gegenüber. Es zeig-

te sich, daß es erhebliche Differenzen nicht nur im Ablauf sondern auch in der Wahrnehmung des Transformationsprozesses sowohl zwischen den osteuropäischen Ländern selbst als auch im Vergleich zu Ostdeutschland gab. So ist fällt die Bewertung des marktwirtschaftlichen Systems in Ostdeutschland deutlich günstiger aus als in den anderen Ländern. Auch wird in Ostdeutschland insgesamt trotz aller Schwierigkeiten eine Verbesserung der materiellen Situation wahrgenommen, eine Einschätzung, die die meisten Osteuropäer nicht mit den Ostdeutschen teilen können. Insofern muß die Lage in Ostdeutschland als eine Sonderform der Transformation im Vergleich zu den osteuropäischen Ländern behandelt werden.

Einen weiteren Vergleich zwischen Ostdeutschland und einem anderen osteuropäischen Land, nämlich Ungarn, stellte

die Projektgruppe des Wissenschaftszentrums Berlin bestehend aus Horst Berger, Wilhelm Hinrichs, Eckhard Priller und Annett Schulz vor. Sie hat die Aktivitäten ungarischer und ostdeutscher Haushalte miteinander verglichen und dabei sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede festgestellt. Gemeinsam ist beiden die Notwendigkeit, im Transformationsprozeß Anpassungen zu vollziehen. Die Unterschiede bestehen z.B. darin, daß in Ostdeutschland mit der Transformation tiefgreifende demographische Veränderungen (Rückgang von Eheschließungen, Geburten aber auch Scheidungen) einhergegangen sind, die in Ungarn nicht zu beobachten waren. Dagegen ist in Ungarn eine stärkere Orientierung der Haushalte auf marktwirtschaftliche Verhältnisse zu beobachten, die sich in weitaus größerem Maße in Nebentätigkeiten und Selbständigkeit niederschlägt, wohingegen in Ostdeutschland mehr Personen in nichtregulären Beschäftigungsverhältnissen tätig sind. Allerdings begegnen sowohl ungarische als auch ostdeutsche Haushalte der angespannten wirtschaftlichen Situation mit sparsamerer Haushaltsführung und finanziellen Rücklagen in Form von Sparvermögen.

Tanja Chavdarova aus Sofia berichtete über informelle Netzwerkhilfe und Strategien der Wirtschaftsaktivität in Bulgarien. So werden in wirtschaftlich unsicheren Zeiten wie sie derzeit in Bulgarien herrschen, informelle Netze und die darüber verfügbaren Hilfen von Verwandten, Freunden und Kollegen zu einem wichtigen Faktor für das wirtschaftliche Überleben der Haushalte. Ergebnisse einer Untersuchung der Haushalte aus den Jahren 1993 und 1994 zeigen, daß die wirtschaftliche Unterstützung in erster Linie von der Verwandtschaft und in zweiter Linie von dem Freundeskreis geleistet wird. Dieses Ergebnis ließ sich sowohl für Städte als auch für ländliche Siedlungen bestätigen. Es zeigt sich, daß - besonders im Zusammenhang mit einer tiefen Enttäuschung von formellen Unterstützungsmöglichkeiten (Staat, Arbeitgeber) - je schwieriger die Situation wird, um so mehr verwandtschaftliche Bande in den Vordergrund rücken.

Die regionalen und sozialen Ungleichheiten der Arbeitsmarktstrukturen im realen Sozialismus und beim Übergang zur Marktwirtschaft am Beispiel Ungarns

waren Thema des Vortrags von Peter Meusburger. Anhand der Individualdaten der ungarischen Volkszählungen von 1980 und 1990 konnten regionale und soziale Disparitäten der Arbeitsmarktstrukturen, die sowohl während der Zeit des Sozialismus bestanden als auch danach be- und entstehen, analysiert werden. Es zeigt sich, daß der sozialistischen Selbstdarstellung zum Trotz soziale und regionale Ungleichheit z.B. in Form von Benachteiligungen peripherer ländlicher Gebiete oder als geschlechtsspezifische Disparitäten auf dem Arbeitsmarkt bestanden. Die räumliche funktionale Arbeitsteilung während des Sozialismus prägt nun in der Phase der Transformation auch die Chancen für eine erfolgreiche Privatisierung der Wirtschaft, so daß sich Gewinner oder Verlierer der Transformation nicht nur unter sozialen Gruppen, sondern auch unter Regionen oder Siedlungstypen ausmachen lassen. Mit Hilfe räumlich differenzierter sozio-ökonomischer Indikatoren konnten die starken zentral-peripheren Disparitäten in der Erwerbsstruktur erfaßt und somit wesentliche Einflußfaktoren auf Ursachen und den Ablauf des Transformationsprozesses aufgezeigt werden, die bei einer Analyse ohne räumlichen Bezug verborgen geblieben wären.

Im zweiten Teil der Sitzung standen die Entwicklungen der Länder Slowakei und Polen im Mittelpunkt der Diskussion. Peter Guran vom Bratislava International Centre for Family Studies untersuchte soziale Ungleichheit und Existenzsicherung der Familien in der Slowakei. Dabei stellte sich heraus, daß ein Konglomerat von Werten und Normen, bestehend aus Wertsystemen der sozialistischen Familienpolitik, christlich katholischen Werten und neuer Entwicklungen wie Individualisierung und zunehmender Unsicherheit das Familienleben bestimmen. Die Familie in der Slowakei erlebt derzeit eine Veränderung, wie sie bereits seit mehr als zehn Jahren in westeuropäischen Ländern stattfindet, wobei die nicht erwarteten wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Transformation diese Entwicklung zudem verschärfen.

Zum Schluß berichteten Jaroslaw Gorniak und Janina Czapska über polnische Erfahrungen im Transformationsprozeß. Jaroslaw Gorniak erläuterte die qualitativ und quantitativ veränderte Situation in der Geldwirtschaft und ihre Auswirkungen auf den Umgang mit Geld in polni-

schen Haushalten. Er betrachtet den Umgang mit Geld als eine Art Evolution, die mit dem Transformationsprozeß einhergeht. Dabei beleuchtete er Aspekte der genutzten Geldanlageformen oder der Nutzung von Institutionen, wie Banken. Dabei zeigte sich, daß besonders Personen mit geringer Schulbildung oder niedriger Qualifikation Banken und ihren Anlagemöglichkeiten ausgesprochen skeptisch gegenüberstehen und immer noch Sparen von Bargeld und Kredite von Verwandten für vertrauenswürdiger halten als Bankanlagen oder Bankkredite. Janina Czapska untersuchte die zunehmende Furcht vor Kriminalität in Polen, die sich in erster Linie durch den Zuwachs von Gewalt und das Auftreten neuer Kriminalitätsformen erklärt. Dieser Entwicklung wird sowohl mit individuellen Schutz- und Vermeidungsstrategien, aber auch mit privaten Sicherheitsdiensten begegnet. Dennoch hat das Vertrauen in die Polizei als Schutzorgan zugenommen, die nicht mehr allein als Organ des Gewaltmonopols betrachtet wird.

Die Vorträge haben gezeigt, daß die verschiedenen „Gesellschaften im Umbruch“ sehr differenziert betrachtet werden müssen. Der Transformationsprozeß setzt nicht nur zu verschiedenen Zeitpunkten ein, läuft in unterschiedlicher Geschwindigkeit und Intensität ab, sondern hängt von den sehr unterschiedlichen Voraussetzungen ab, die in dem jeweiligen Land vor Beginn der Transformation anzutreffen waren. Zum Teil werden alte gesellschaftliche und räumliche Strukturen wieder bloßgelegt, die in der Zeit des Sozialismus nur „zugedeckt“ worden waren, so daß für jedes der hier vorgestellten Länder spezifische Fragestellungen und Probleme zu analysieren sind.

An die Vorträge schloß sich die Mitgliederversammlung der Sektion Sozialindikatoren mit der Wahl der Sprecher und einer Diskussion der zukünftigen Schwerpunkte der Sektionsarbeit ein. Wolfgang Glatzer (Universität Frankfurt/Main) stand nach fünfjähriger Amtszeit nicht mehr zur Wiederwahl als Vorsitzender zur Verfügung. Zum neuen Sprecher der Sektion wurde Heinz-Herbert Noll (ZUMA) gewählt, zum stellvertretenden Sprecher der bisherige Amtsinhaber Wolfgang Glatzer.

Caroline Kramer, ZUMA
(Tel.: 0621-1246-244)

Lebensqualität in den 90er Jahren: Neue Wohlfahrtskonzepte und Wohlfahrtsmaße

**Workshop der Abteilung Soziale Indikatoren
Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen**

23. bis 24. November 1995

Ist das Konzept der Lebensqualität auch in der Mitte der 90er Jahre noch aktuell, bedarf es einer Modifizierung oder hat es sich zwischenzeitlich gar überholt? Der Workshop greift die aktuelle im nationalen wie im internationalen Rahmen geführte Debatte über Ziele der gesellschaftlichen Entwicklung auf und stellt aktuelle Wohlfahrtskonzepte und neue Wohlfahrtsmaße zur Diskussion. Beispiele dafür sind das Konzept des „Sustainable Development“ und der „Human Development Index“ des United Nations Development Programme. Darüber hinaus werden Modernisierungstendenzen im allgemeinen und aktuelle Trends des gesellschaftlichen Wandels - wie z.B. der Wandel von Lebensstilen und Probleme der Stadtentwicklung - in ihren Implikationen für das Konzept der Lebensqualität diskutiert. Schließlich sollen auch eher herkömmliche Leitbilder und Modelle der gesellschaftlichen Entwicklung, die mit dem Konzept der Lebensqualität zusammenhängen - z.B. das Konzept des Wohlfahrtsstaates und das sogenannte „schwedische Modell“ einer egalitären Wohlfahrts-gesellschaft - auf den „Prüfstand gestellt“ und auf ihre „Zukunftsfähigkeit“ untersucht werden.

Der Workshop soll Interessenten aus Wissenschaft und Praxis Gelegenheit bieten, sich einen Überblick über wichtige Facetten dieser Diskussion zu verschaffen und die wissenschaftlichen und politischen Implikationen der vorgestellten Konzepte und Indikatoren zu diskutieren. Als Referenten konnten namhafte Experten aus dem In- und Ausland gewonnen werden.

Der Workshop wird von Heinz-Herbert Noll organisiert und betreut. Interessenten werden gebeten, sich bis zum 30. September beim Tagungssekretariat von ZUMA anzumelden. Die Teilnahmegebühr beträgt DM 60,-.

Das vorläufige Programm des Workshops kann im GESIS-Gopher abgerufen werden unter: URL:gopher://gopher.social-science-gegis.de oder unter: <http://www.social-science-gegis.de>

Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA)
Postfach 122155, 68072 Mannheim, B2,1
Telefon: 0621-1246-0; Fax: 0621-1246-100

Impressum

Herausgeber:
**Zentrum für Umfragen, Methoden
und Analysen (ZUMA) e.V.**
Abteilung Soziale Indikatoren

ZUMA ist Mitglied der Gesellschaft
Sozialwissenschaftlicher Infrastruk-
tureinrichtungen (GESIS) e.V.

Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim
Telefon: (06 21) 12 46 - 0
Telefax: (06 21) 12 46 - 100

Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Heinz-Herbert Noll

Redaktion:
Dr. Caroline Kramer

Satz und Druck:
Verlag Pfälzische Post GmbH
Winzinger Straße 30
67433 Neustadt / Weinstraße

Bei Quellenangabe frei zum Nach-
druck; Beleg erbeten
ISSN 0935-218X